Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP auf und bittet den Ersten Samtgemeinderat, Herr Güttler, um Erläuterung.

Herr Güttler teilt mit, dass sich der Sachverhalt in der Vorlage größtenteils zeitlich erledigt hat, da die Große Koalition kurz zuvor mit der Öffnungsklausel für das Bundesland Bayern eine Einigung erzielt hat.

Sollte die neue Grundsteuerreform dennoch nicht rechtzeitig verabschiedet werden, drohen den niedersächsischen Kommunen ab 01.01.2020 jährliche Einnahmeausfälle i.H.v. ca. 1,4 Mrd. €.

Herr Dr. Trips, Präsident des Nds. Städte- und Gemeindebundes, hat daher

dazu aufgerufen, Resolutionen in den einzelnen Räten zu beschließen, um den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen.

Für die Samtgemeinde Bersenbrück könnte sich ein Ausfall bei der Umlage von über 2 Mio. € jährlich ergeben.

Dr. Baier ergänzt, dass nicht mit Sicherheit von einer rechtzeitigen Beschlussfassung bis zum Jahresende ausgegangen werden kann. Die vor kurzem beschlossene Öffnungsklausel für das Land Bayern könnte ggf. vom Bundesfinanzministerium für verfassungswidrig erklärt werden.

Aufgrund der schwerwiegenden finanziellen Auswirkungen, die ein Ausfall der Grundsteuer für die Samtgemeinde bedeuten würde, sprechen sich einige Ratsmitglieder/innen dafür aus, die Resolution vorsorglich zu beschließen.

Ratsherr Uphoff bittet darum, in die Resolution aufzunehmen, dass die Kommunen rechtzeitig über die neu festgelegten Hebesätze informiert werden.